

Klimawandel und Migration

Zusammenhänge

S.2

Lösungsansätze

S.4

Interviews: Fluthilfe im In- und Ausland; Lieferketten

S.5

Migration & Integration
Info

Der extreme tropische Wirbelsturm „Amphan“ führte im Mai 2020 zu Überflutungen in Bangladesch (Bild) und weiteren südasiatischen Ländern.

Liebe Leute, ich bin Jenny. Wer ein bisschen verfolgt, was die Caritas so macht, wird mich in diesem Jahr öfter sehen – auf Plakaten und Flyern, als Pappfigur und auf verschiedenen Websites.

Mir macht die Klimakrise Angst. Ich sehe ja, dass die Erderwärmung immer schlimmer wird und uns auch hier in Deutschland betrifft. Im vergangenen Sommer konnte ich nächtelang nicht schlafen, so heiß war es bei mir in der Wohnung. Nicht ideal, um am nächsten Morgen fit für die Arbeit zu sein – vor allem, wenn man wie ich den ganzen Tag auf den Beinen sein muss. Doch ich höre auch von einigen Menschen, die jetzt hier im Viertel leben, dass sie aus ihrer Heimat fliehen mussten, weil nach Jahren der Dürre für sie dort nichts mehr ist. Wie schwierig müssen die Bedingungen vor Ort sein, wenn

Menschen sich zu einem solchen Schritt entscheiden? Ich glaube, niemand geht leichten Herzens aus seiner Heimat weg. Ich kann mir kaum vorstellen, wie es ist, wenn man alles zurücklassen muss.

Ich weiß, dass ich global gesehen zu denen zähle, die eher viel zur Klimakrise beitragen. Sehr viele Menschen in anderen Ländern können weniger dafür, leiden aber noch viel mehr unter der Klimakatastrophe als wir. Ich habe aber das Gefühl, dass ich persönlich schon einiges für das Klima tue. Ich versuche, mich mit Produkten aus der Region zu ernähren. Es will mir aber nicht in den Kopf, dass die Bio-Äpfel aus Deutschland oft teurer sind als die Mangos aus Chile, die über den halben Planeten hergeflogen wurden! Ich muss gestehen: Manchmal greife ich doch zur Mango. Aber ich fahre kein Auto. Wenn

Urlaub, dann Zelten in Brandenburg, Fliegen ist nicht drin. Die Heizung habe ich um zwei Grad runtergedreht, weil die Kosten explodiert sind. Klamotten gibt's bei mir grundsätzlich nur secondhand, insbesondere für die Kinder.

Ich habe nicht den Eindruck, dass die Politik kapiert hat, wo die richtigen Probleme sind. Zum Beispiel, dass wir, die wenig Geld haben, nicht einfach so unsere Wohnung klimafreundlich sanieren können, auch wenn wir möchten. Ich habe auch nicht den Eindruck, dass Deutschland und andere Industrieländer die Gefahr für ärmere Länder ernst nehmen – etwa die Tatsache, dass manche dieser Länder in einigen Jahren vielleicht völlig überschwemmt sein werden oder so trocken, dass sie unbewohnbar sind. Immer noch denken wir viel zu sehr an unser eigenes Wohl. Hier sehe ich, dass immer fettere SUVs auf den Markt kommen, dass manche mal so fürs Wochenende nach Dubai zum Einkaufen fliegen, und keiner sagt was. Wie passt das zusammen? Und wie soll das gehen mit der Rettung des Klimas? „Andere machen nichts, dann machen wir erst recht nichts“ – damit kann ich wirklich nichts anfangen. Wir dürfen nicht länger wegschauen, denn der Klimawandel ist ein Problem, das alle betrifft und nur gemeinsam gelöst werden kann!

Um diese drängenden Themen geht es in diesem Heft. Vor allem um den Blick über die Grenzen Deutschlands hinaus auf Menschen, die vom unerträglich werdenden Klima vertrieben werden. Aber auch um Auswirkungen der Klimakrise in Deutschland – das Hochwasser im Ahrtal im Juli 2021 zum Beispiel, bei dem Menschen wie du und ich in einer Nacht alles verloren haben. Wir möchten darauf gucken, wie alles zusammenhängt und was getan werden muss, damit sich etwas verändern kann. Es gibt auch Berichte über konkrete Projekte und Chancen zu handeln – zum Glück!

Eins steht jedenfalls für mich fest: Klimaschutz ist etwas, das allen nutzt.

Macht's gut!

Eure Jenny



Jenny

*Gesicht der Caritaskampagne
E-Mail: kampagne@caritas.de*

Schwerpunktthema

Klimakrise führt zu unfreiwilliger Migration

Die Belege dafür, dass Hitzewellen, Starkniederschläge, Dürren und tropische Wirbelstürme ungekannter Stärke auf die vom Menschen verursachten Klimaveränderungen zurückzuführen sind, erhärten sich beständig. Beispielsweise wären die in den letzten zehn Jahren beobachteten Hitzeextreme ohne menschliche Einflüsse höchst unwahrscheinlich gewesen. Im Vergleich zur Zeit vor der 1850 einsetzenden Industrialisierung ist die globale Durchschnittstemperatur bereits jetzt (im Zeitraum 2011–2020) um 1,09 °C gestiegen.

Um das im Pariser Übereinkommen 2015 beschlossene Ziel zu erreichen, den globalen Temperaturanstieg auf 1,5 °C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen – ihn auf jeden Fall unter 2 °C zu halten –, sind enorme Anstrengungen erforderlich. Selbst die optimistischsten Emissionsszenarien gehen davon aus, dass die 2-°C-Marke im Laufe des 21. Jahrhundert überschritten wird, wenn es zu keiner drastischen Reduktion von Treibhausgasemissionen kommt.¹

Aktuelle Prognosen zeichnen für die nähere Zukunft ein pessimistisches Bild: Die Wahrscheinlichkeit, dass der Wert von 1,5 °C bereits in der Periode 2022–2026 überschritten wird, liegt der Weltorganisation für Meteorologie zufolge bei 50 Prozent.² Selbst eine durchschnittliche Erwärmung auf 1,5 °C erhöht das Risiko für Hitzewellen und Starkniederschläge. Eine globale Erwärmung um 2 °C würde Perioden extremer Hitze wahrscheinlicher machen und einige Regionen, wie

den Mittelmeerraum, trockener werden lassen. Zudem würde die zusätzliche Erwärmung durch stärkeres Abschmelzen von Gletschern und Eisschilden zu einem verstärkten Meeresspiegelanstieg führen. Der in den vergangenen 50 Jahren erfolgte Temperaturanstieg um 0,5 °C hatte bereits weitreichende Folgen: Viele Weltregionen hatten mit rückläufigen Ernteerträgen zu kämpfen, Wald- und Flächenbrände traten häufiger auf. Bei weiteren Temperaturanstiegen würde sich diese Tendenz verschärfen. In Szenarien, in denen die 1,5-°C-Marke überschritten wird, erhöht sich die Gefahr, dass sogenannte Kipp-Punkte erreicht werden, nach deren Überschreitung bestimmte klimatische Folgen, wie der Zusammenbruch der Eisschilde Grönlands und der Antarktis, nicht mehr rückgängig gemacht werden können.³

Wie beeinflusst der Klimawandel Migration?

Es besteht international Konsens darüber, dass klimatische Veränderungen zu Migrationsbewegungen führen. Im Pariser Übereinkommen wird dieser Zusammenhang explizit erwähnt und anerkannt. Auch der UN-Migrationspakt von 2018 erkennt Umweltfaktoren als Treiber von Migration an. Im kürzlich veröffentlichten Global Risks Report des Weltwirtschaftsforums werden mit dem Klimawandel in Zusammenhang stehende Risiken als die größten Gefahren für die kommenden zehn Jahre genannt – darunter auch die unfreiwillige Migration größeren Ausmaßes.⁴

Dass es sich dabei nicht um bloßen Alarmismus handelt, belegen zahlreiche Datenerhebungen und Forschungspapiere. Binnenvertrei-

bung in Folge von Katastrophen hat massiv zugenommen: Während im Zeitraum 2008–2018 insgesamt 24 Millionen Menschen innerhalb ihres Landes vertrieben wurden, waren es allein im Jahr 2021 23,7 Millionen Menschen. Ohne entschiedene Maßnahmen zu ergreifen, könnte Prognosen zufolge die Zahl Binnenvertriebener bis 2050 auf 216 Millionen steigen. Schon seit 1990 konstatiert der IPCC⁵-Bericht, dass der Klimawandel ein Risikomultiplikator ist. Denn er steigert die Häufigkeit und die Intensität von Naturkatastrophen und beeinflusst so das Migrationsverhalten und verschärft sozioökonomische Vulnerabilitäten.⁶ Unter den klimatischen Migrationstreibern sind Dürren, tropische Stürme, Hurrikane, Starkregen und Überflutungen die häufigsten. Sie wirken direkt, etwa durch die Zerstörung von Wohnhäusern, und indirekt beispielsweise durch Entziehung der sozioökonomischen Lebensgrundlage in ländlichen Räumen. In Asien, gefolgt von den subsaharischen Ländern, sind die meisten Menschen von klimabedingter Vertreibung betroffen. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl, sind es allerdings kleine Inselstaaten in der Karibik und im Südpazifik, die überproportional stark betroffen sind.⁷

Klimamigration in der Zukunft

Genauere Vorhersagen hinsichtlich künftiger klimabedingter Fluchtbewegungen sind schwer zu treffen, da die Entwicklung des Bevölkerungswachstums, die Anpassungsfähigkeit der betroffenen Bevölkerung, die sozioökonomische Entwicklung und die Ausgestaltung migrationspolitischer Maßnahmen ebenfalls eine Rolle spielen.

Völlig unabhängig davon, in welcher Höhe die Erderwärmung steigt, ist davon auszugehen, dass einige dicht besiedelte Regionen unsicher oder ganz unbewohnbar werden und so Migrationsbewegungen in Gang gesetzt werden – sowohl freiwillig als auch durch Umsiedlungsprogramme. Aufgrund der ungesicherten Vorhersehbarkeit künftiger sozioökonomischer Entwicklungen ist die Bandbreite der prognostizierten klimabedingten Bevölkerungsvertreibung bis 2050 hoch und bewegt sich für Mittel- und Südamerika, Subsahara-Afrika sowie Südasien zwischen 31 und 143 Millionen Menschen. Vorhersagen bezüglich der Vertreibung bis Ende des Jahrhunderts aufgrund des steigenden Meeresspiegels rangieren zwischen mehreren zehn Millionen und mehreren 100 Millionen Menschen, abhängig davon, welche Annahmen man hinsichtlich des Ausmaßes der Klimaerwärmung und des Expositionsgrades betroffener Gebiete zugrunde legt.⁸ Allein in Afrika werden zudem 186 bis 245 Millionen Menschen bis 2060 vom Meeresspiegelanstieg betroffen sein.⁹

Um das Ausmaß der Klimamigration gering zu halten, ist an erster Stelle die schnellstmögliche Reduktion von Treibhausgasemissionen entscheidend. Da ein überwiegender Teil der Menschen, die infolge klimatischer Veränderungen ihren Lebensraum verlassen müssen, aufgrund fehlender finanzieller Ressourcen im eigenen Land oder in den benachbarten Ländern bleiben, ist es zweitens wichtig, die betroffenen (meist ärmeren) Länder finanziell dabei zu unterstützen,

Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel vorzunehmen und eine klimaresiliente nachhaltige Entwicklung zu fördern. Es braucht drittens einen verbindlichen internationalen Rechtsrahmen, der Klimamigrant:innen Schutz bietet. Zusätzlich könnte ein Programm, das Arbeitsvisa an Menschen aus betroffenen Ländern erteilt, den Herkunftsländern helfen, da eine geringere Einwohnerzahl den Druck auf knappe Ressourcen wie Trinkwasser reduzieren würde. Auch würde die im Land verbliebene Bevölkerung von Geldüberweisungen der Ausgewanderten profitieren. Für Aufnahmeländer böte diese Maßnahme die Möglichkeit, dem demografischen Wandel und dem Fachkräftemangel positiv entgegenzuwirken.

Clara Albrecht

*Fachreferentin am ifo Zentrum für Internationalen
Institutionenvergleich und Migrationsforschung*

Prof. Panu Poutvaara

*Leiter des ifo Zentrums für Internationalen Institutionenvergleich
und Migrationsforschung; Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität
München; Mitglied des Sachverständigenrats für Integration und Migration*

Anmerkungen

1. MASSON-DELMOTTE, V.; ZHAI, P. et al. (Hrsg.): *Summary for Policymakers. In: Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC): Climate Change 2021, Contribution of Working Group I to the Sixth Assessment Report of the IPCC. Cambridge University Press, Cambridge (UK) and New York (USA), 2021, pp. 3–32. Download per Kurzlink: <https://bit.ly/3HWTLlu>*
2. WORLD METEOROLOGICAL ORGANIZATION (WMO): *WMO update: 50:50 chance of global temperature temporarily reaching 1.5°C threshold in next five years, 2022. Download per Kurzlink: <http://bit.ly/3jInP2q>*
3. MASSON-DELMOTTE, V.; ZHAI, P. et al. (Hrsg.): *Summary for Policymakers. In: IPCC, Global Warming of 1.5°C. An IPCC Special Report on the impacts of global warming of 1.5°C above pre-industrial levels and related global greenhouse gas emission pathways, in the context of strengthening the global response to the threat of climate change, sustainable development, and efforts to eradicate poverty. Cambridge University Press, Cambridge (UK) and New York (USA), 2018, pp. 3–24. Download per Kurzlink: <http://bit.ly/3jNqo3a>*
4. WORLD ECONOMIC FORUM: *Global Risks Report 2023. Download per Kurzlink: <https://bit.ly/3RKVEMR>*
5. *Intergovernmental Panel on Climate Change – der sogenannte Weltklimarat.*
6. MARQUES PEREIRA, M.; SINZIANA PUSCAS, I.: *Walking the talk of environmental migration in 2023, Geneva Policy Outlook, 2023, Download per Kurzlink: <http://bit.ly/3jREbWf>*
7. PÖRTNER, H.-O.; ROBERTS, D.C. et al. (Hrsg.): *Climate Change 2022, Contribution of Working Group II to the Sixth Assessment Report of the IPCC. Cambridge University Press, Cambridge (UK) and New York (USA), 2022, pp. 37–118. Download per Kurzlink: <https://bit.ly/3JXKaUf>*
8. *Ebd.*
9. IOM: *Climate Change and the Future of Human Mobility, IOM Global Data Institute Thematic Brief #1. 2022, Download: <https://bit.ly/3ls28nr>*

Migration und Vertreibung infolge des Klimawandels – aus humanitärer Perspektive

Der Trend ist eindeutig: seit Jahren nehmen die durch den Klimawandel verursachten Katastrophen und damit verbundenen Vertreibungssituationen zu. Die humanitäre Hilfe sieht sich mit stetig steigenden Bedarfen konfrontiert, allerdings ohne dass die zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel im gleichen Maße wachsen. Allein 2020 wurden über 30 Millionen Menschen aufgrund von Extremwetterereignissen wie Dürren, Starkregen oder Wirbelstürmen zumindest temporär zu intern Vertriebenen.¹ Noch nicht berücksichtigt sind dabei jene, die infolge schleichend verlaufender Umweltveränderungen (sogenannte „slow onset disasters“) ihre Herkunftsregion verlassen mussten oder über Ländergrenzen hinweg Schutz gesucht haben.

Verlässliche Prognosen über den künftigen Umfang der mit dem Klimawandel im Zusammenhang stehenden Migrationsbewegungen lassen sich allerdings nur schwer treffen. In den Medien gelegentlich verbreitete Schreckensszenarien, wonach sich Millionen „Klimaflüchtlinge“ in den sogenannten Globalen Norden aufmachen werden, werden aber der Realität nicht gerecht. Im Gegenteil versperren sie den Blick auf bestehende Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten. Denn oft wird übersehen, dass klimabedingte Migration ganz überwiegend innerhalb der Grenzen eines Landes oder in unmittelbare Nachbarländer stattfindet. Dort wird zuallererst Hilfe benötigt in Form von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und um Betroffenen sichere Lebensperspektiven zu ermöglichen.

Flickenteppich von Lösungsansätzen

Bislang fehlt auf internationaler Ebene ein kohärenter Ansatz, um Menschen Schutz zu gewähren, die aufgrund der Folgen des Klimawandels ihren Heimatort verlassen müssen. Es besteht ein Flickenteppich regionaler und nationaler Ansätze, die mal mehr, mal weniger explizit Rechte und Pflichten im Umgang mit klimabedingter Vertreibung definieren. Ein völkerrechtlich bindendes Schutzregime ist hingegen nicht in Sicht, ebenso wenig scheint eine Ausweitung der bestehenden Genfer Flüchtlingskonvention in Reichweite. Einerseits mangelt es am politischen Willen vieler Staaten, einer zusätzlichen Gruppe Schutz zu gewähren, andererseits ist der Nachweis eines kausalen Zusammenhangs zwischen Klimawandelfolgen und erzwungener Migration im Einzelfall schwer zu treffen. Denn selten sind Umweltveränderungen allein dafür ausschlaggebend, viel häufiger ist es ein Zusammenspiel ganz unterschiedlicher Faktoren, die direkt oder indirekt mit dem Klimawandel zusammenhängen und eine Migrationsentscheidung beeinflussen. Der Klimawandel wirkt vielmehr wie ein Multiplikator, der geeignet ist, politische oder ökonomische Krisen zu verschärfen.² Nicht zwangsläufig ergibt sich hieraus jedoch eine Zunahme der Migration.

Zudem wird in den politischen Debatten zu wenig Aufmerksamkeit jenen zuteil, die überhaupt nicht (mehr) in der Lage sind, sich vor

den Folgen des Klimawandels in Sicherheit zu bringen. Trapped Populations, also Bevölkerungsgruppen, denen es an finanziellen oder anderen Ressourcen mangelt, um migrieren zu können, werden in Zukunft voraussichtlich weiter zunehmen. Dies legt auch eine neue Studie des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung nahe, wonach die durch den Klimawandel zu erwartenden Wohlstandsverluste in vielen Ländern des Globalen Südens zu einer weiteren Immobilisierung von Teilen der Bevölkerung beitragen könnten.³ Humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit müssen daher auch diejenigen Gruppen in den Blick nehmen, die gezwungen sind, in ihren Herkunftsregionen auszuharren.

Klimamobilität als ein Teil der Lösung?

Dort, wo Maßnahmen zur Anpassung an veränderte Umweltbedingungen an ihre Grenzen stoßen und ein Bleiben am Herkunftsort keine Option darstellt, muss auch über Migration und geplante Umsiedlungen als eine legitime Form der Anpassung nachgedacht werden. Vorausschauend und umsichtig geplant sowie unter Wahrung der Rechte der Betroffenen kann so größeren Schäden vorgebeugt werden. Hierfür braucht es allerdings die Bereitschaft sowie entsprechende Ressourcen der jeweiligen Regierungen, Umsiedlungs- und Migrationsprozesse zu unterstützen und Migrant:innen grundlegende Rechte zu gewähren sowie am Ankunftsort den Zugang zu Grunddiensten sicherzustellen.

Für die Bewohner:innen flacher Inselstaaten etwa, die aufgrund des steigenden Meeresspiegels möglicherweise unbewohnbar werden, könnte die Bereitstellung von Klimapässen eine praktikable Lösung sein.⁴ Ähnlich wie die sogenannten Nansen-Pässe, die nach dem Ersten Weltkrieg Tausenden staatenlosen Menschen die Zuflucht in sichere Länder ermöglichten, könnte ein Klimapass den Betroffenen eine legale Einwanderung in ein anderes Land ermöglichen. Hauptverursacherstaaten des Klimawandels würden mit der Vergabe solcher Pässe Verantwortung übernehmen und ein Zeichen senden für eine menschenrechtsbasierte Flüchtlingspolitik.

Mag ein Klimapass ein pragmatischer Ansatz für die relativ überschaubare Bevölkerungsgruppe der flachen Inselstaaten sein, so stellt er jedoch keine allgemeine Lösung dar. Notwendig bleiben die Unterstützung betroffener Länder bei Anpassungsmaßnahmen und die Stärkung ihrer Kapazitäten im Umgang mit klimabedingten Migrations- und Vertreibungssituationen. Der jüngst auf dem Klimagipfel in Sharm El Sheikh beschlossene Finanzierungsmechanismus für klimabedingte Schäden und Verluste könnte zum Beispiel genutzt werden, um auch Betroffene klimabedingter Zwangsmigration beim Aufbau neuer Lebensperspektiven zu unterstützen.

Bestehende Konventionen beispielsweise zum Schutz von Binnenvertriebenen müssen in nationale Gesetzgebungen überführt und Länder dabei unterstützt werden, den daraus folgenden Verpflichtungen nachkommen zu können. Daneben braucht es jedoch auch auf internationaler Ebene pragmatische Lösungen im Umgang mit den

vielfältigen Herausforderungen der Klimamigration. Wünschenswert wäre eine zentrale Institution, ausgestattet mit einem entsprechenden Mandat, um gemeinsam mit den unterschiedlichen Akteuren und Organisationen die Entwicklung von Leitlinien und Lösungsansätzen weiter voranzutreiben.

Nils Utermöhlen

Referent für Flucht und Vertreibung bei Caritas international, Freiburg

Anmerkungen

1. www.internal-displacement.org, Kurzlink: <https://bit.ly/3IrMUZ2>
2. Vgl. VINKE, K.; DRÖGE, S. et al.: *Klimawandel und Konflikte. Herausforderungen für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik. Studie 2. Berlin, 2021.*
3. www.pik-potsdam.de, Kurzlink: <https://bit.ly/3HYbvDf>
4. Siehe z.B. per Kurzlink: <https://bit.ly/3IqeG8c>

Nachgefragt

„Klimafolgeschäden werden deutlicher bewusst“



Über die Arbeit von Caritas international (Ci) im klimabedingten Katastrophenfall sprach Katharina Weiser für das Migration und Integration-Info mit Philipp Schröder (Bild oben) und Peter Seidel (Bild unten) von Ci.



Sie arbeiten beide für Ci, mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Auswirkungen des Klimawandels sind in Ihren Arbeitsfeldern omnipräsent. Wie wird dies deutlich?

Seidel: Neben Programmen in Indien und Nepal bin ich zuständig für Projekte in Pakistan. Dort waren im Sommer 2022 rund 33 Millionen Menschen von katastrophalen Überschwemmungen betroffen. Bis heute sind mehr als 200.000 Pakistaner:innen wegen dieser Flut in anderen Gebieten ihres Landes

oder verharren in Notunterkünften unter schwierigsten Bedingungen. 8,5 Millionen Menschen werden nach Schätzungen dieses Jahr als Folge der Überschwemmungen von akuter Ernährungsunsicherheit betroffen sein. Aktuell leiden in Pakistan bereits 1,6 Millionen Kinder an schwerer Unterernährung.

Schröder: In meinen Aufgabenbereich fällt die Koordinierung der Inlands-Fluthilfen der Caritas, gemeinsam mit den fünf betroffenen westdeutschen Diözesan-Caritasverbänden.¹ Insgesamt waren im Juli

2021 über 100.000 Menschen von den Sturzfluten betroffen, 186 Personen starben. Durch dieses Ereignis sind die Klimafolgeschäden deutlicher ins Bewusstsein unserer Bevölkerung getreten. Allen Beteiligten ist klar: Diese Art der Katastrophe wird sich wiederholen – wann und wo, ist nur bedingt vorhersehbar, aber es wird geschehen.

Sie sprechen von der Flut in Deutschland 2021 und der in Pakistan 2022: zwei Katastrophen auf verschiedenen Kontinenten, in Ländern mit unterschiedlichen Bewältigungskapazitäten.

Seidel: Während in Deutschland ein reiches Land mit gut ausgebautem Versicherungssystem, staatlichen Hilfsprogrammen und viel Solidarität relativ schnelle Unterstützung anbieten konnte und allein die Caritas fast 50 Millionen Euro Spenden erhielt, ist die Situation in Pakistan eine völlig andere. Mehr als 250-mal so viele Betroffene haben von einem völlig überforderten Staat und einem Versicherungssystem, das nur einer kleinen privilegierten Elite zugänglich ist, nicht viel zu erwarten. Die internationale Unterstützung ist angesichts des Ukraine-Krieges sehr gering. Ci bekam daher nur ungefähr ein Fünftel der Spenden, verglichen mit denen für die deutschen Flutopfer. Zudem hat die pakistanische Regierung in den letzten Jahren die Arbeit internationaler Hilfsorganisationen sehr eingeschränkt – und damit auch die mediale Berichterstattung. Die lokale pakistanische Caritas ist in einem für Fundamentalismus anfälligen mehrheitlich muslimischen Kontext mit ihrem geringen sozialen Rückhalt nur sehr begrenzt in der Lage, dem riesigen Bedarf angepasste Programme zu organisieren. Den gigantischen Problemen in Pakistan stehen also nur minimale Reaktionsmöglichkeiten gegenüber.

Schröder: Sie müssen nur einmal bedenken, dass die Bundesregierung 30 Milliarden Euro für den hiesigen Wiederaufbau bereitgestellt hat. 650 Millionen Euro an freien Spenden stehen allen Hilfsorganisationen zur Verfügung. Die Frage nach Verteilungsgerechtigkeit im Verhältnis zu Pakistan und zur Anzahl der Betroffenen muss an dieser Stelle zumindest mitgedacht werden. Der Nationalstaat hat nach unserem Verständnis die Fürsorgepflicht für seine Bürger:innen – ob er die Möglichkeiten dazu hat, steht auf einem anderen Blatt.

Caritas-Kolleg:innen erzählten mir, dass 2021 Traumata bei Geflüchteten wieder aktiviert wurden. Ebenfalls weiß ich, dass es ein Konkurrenzempfinden zwischen den Flutopfern, Migrant:innen der zweiten und dritten Generation und Geflüchteten (zum Beispiel aus der Ukraine) um den ohnehin knappen Wohnraum in Ballungsgebieten gibt. Insbesondere für Menschen mit geringen Deutschkenntnissen ist es schwierig, ihre Rechte gegenüber dem deutschen Staat, aber auch Zuwendungen der Caritas in Anspruch zu nehmen. Wir dürfen sie nicht aus dem Blick verlieren, das gilt aber allgemein für alle marginalisierten Gruppen.

Seidel: Große Fragen stellen sich uns auch im Blick auf die Klimagerechtigkeit, auf den Ausgleich zwischen den Verursacher:innen und

den Opfern des Klimawandels. Der CO₂-Ausstoß eines: einer durchschnittlichen Bewohner:in Pakistans lag im Jahr 2020 bei einer Tonne pro Jahr, in Deutschland ungefähr beim Achtfachen.² Die Ursachen des Klimawandels können also in Pakistan nicht effektiv bekämpft werden, das muss in den Industrieländern durch Änderungen der Produktionsweise und des Konsums geschehen.

Wie handelt Ci im Katastrophenfall konkret?

Seidel: In Pakistan bleiben mit den sehr begrenzten Mitteln Nothilfemaßnahmen die einzige Möglichkeit. Die lokale Caritas und andere Partner liefern Baumaterial, Saatgut und Winterkleidung, um die größte Not zu lindern und die Landwirtschaft aufrechtzuerhalten. Doch kann dies nur an einigen Stellen die schlimmsten Klimafolgen etwas mildern. Nachhaltig wirksame Katastrophenprävention oder Anpassung an den Klimawandel sind mit den verfügbaren Hilfsgeldern nur in geringem Umfang möglich.

Schröder: Die Hilfen von Caritas international werden immer über Partnerstrukturen implementiert – Konsens und Kooperation sind dabei entscheidend. Unsere Gesellschaft ist es gewohnt, dass der Wohlfahrtsstaat für sie sorgt – hier spielen auch freie Träger und die Wohlfahrtsverbände eine gewichtige Rolle. Katastrophenschutz und -prävention sind nicht originärer Auftrag der Caritas in Deutschland, trotzdem brauchen uns Menschen vor Ort. Ohne freiwillige Helfer:innen hätten wir die Situation 2021 nicht bewältigen können. Klare Strukturen und Verantwortlichkeiten erleichtern die Arbeit mit den Betroffenen.

Die Verteilung von Hilfsgütern spielte in den westdeutschen Flutgebieten lediglich in der ersten Phase eine wichtige Rolle. Konkrete Maßnahmen kann die Caritas durch monetäre Unterstützung beim Wiederaufbau, aber auch durch psychosoziale Begleitung und Gemeinwesenarbeit leisten. Sie kann Vermittlerin sein, zwischen Staat, Kommune und Betroffenen.

Gibt es Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Vorgehen?

Schröder: Die Caritas kann Menschen zusammenführen, die normalerweise nicht miteinander ins Gespräch kommen. Sie kann eine Plattform sein für die Anliegen Betroffener, um sie an die zuständigen Kommunen, an die Politiker:innen und Versicherungen oder auch an die Fördergeber der Landesbanken zu kommunizieren. Das ist auch mein persönlicher Anspruch an Soziale Arbeit, auch wenn wir damit für Dritte unbequem werden. Wir brauchen eine klare Option für die Armen als kritisches Korrektiv. Hier können wir von manchen Ansätzen unserer Partner im Globalen Süden noch sehr viel lernen.

Seidel: Die aktive Beteiligung der Bevölkerung an Risikoanalysen und der Planung von Vorsorgemaßnahmen auf Gemeinde- und Bezirksebene zu fördern, fordert auch für die Gemeinwesenarbeit der Caritas in Deutschland heraus. Vorsorge ist nicht allein die Aufgabe des Staates und der Versicherungen, sondern auch der mündigen Bürger:innen.

Was ließe sich präventiv tun, um Klimafolgen abzumildern?

Seidel: Der Stromspar-Check in Privathaushalten, der gleichzeitig Energie einsparen und Armut bekämpfen will,³ weist exemplarisch in die richtige Richtung. Die Bekämpfung des Klimawandels durch veränderte Produktions- und Konsumgewohnheiten erfordert aber einen weitaus größeren Maßstab. Wenn hier nicht schnell und vor allem in den Industrieländern gehandelt wird, wird nicht nur in Südasien und Afrika der Zwang, durch Migration Gegenden mit besseren Überlebenschancen zu suchen, weiter zunehmen.

Schröder: Die deutsche Externalisierungsgesellschaft, wie der Soziologe Stephan Lessenich⁴ sie nennt, muss ein Ende haben. Als eine der größten Arbeitgeberinnen, als Verwalterin von Liegenschaften und Fuhrparks muss die Caritas sich fragen, wo ihre Klimaverantwortung in der Gesellschaft, ja im globalen Kontext ist. Wo bringen welche Investitionen am meisten für das Klima? Welche Modalitäten setzen wir bei Beschaffung und Investitionen an, wie rechnen wir das Ganze gegen?

Migration als Reaktion auf katastrophale Folgen des Klimawandels ist komplex. Sie ist bittere Realität für Menschen, die gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen.

Anmerkungen

1. Hierzu zählen die DiCVs Trier, Köln, Aachen, Paderborn und Essen.
2. Quelle: United Nations Statistic Division.
3. www.stromspar-check.de
4. LESSENICH, Stephan: Grenzen der Demokratie. Stuttgart: Reclam, 2019.

Nachgefragt

„Sich für Ausbeutung zu sensibilisieren, ist ein wichtiger erster Schritt“



Wie hängen Menschenhandel und Klimamigration zusammen? Im Gespräch mit Katharina Weiser (Migration und Integration-Info) diskutiert dies Alexander Trautrim, Professor für Lieferkettenmanagement an der Universität Nottingham.

Herr Trautrim, Sie beschäftigen sich mit sogenannter moderner Sklaverei.

Spontan denken dabei sicher viele an Fabriken in Bangladesch oder an den Stadionbau in Katar. Aber auch Hausangestellte in Saudi-Arabien oder mitten in Deutschland können betroffen sein. Warum müssen moderne Sklaverei, Umwelt- und Klimaschutz zusammengedacht werden?

„Moderne Sklaverei“ ist ein international gebräuchlicher Sammelbegriff, er schließt unter anderem Menschenhandel und Zwangsarbeit ein. Je nach Land werden unterschiedliche Begriffe bevorzugt, in Deutschland zum Beispiel überwiegt der Terminus „Menschenhandel“. Gemeint sind, unabhängig von den Begriffen, stets Menschenrechtsverletzungen durch die schlimmsten Formen von Ausbeutung. Moderne Sklaverei findet häufig dort statt, wo auch Umweltstraftaten begangen werden wie zum Beispiel die illegale Abholzung von Regenwald. Demzufolge wird Umweltzerstörung und damit auch der Klimawandel durch moderne Sklaverei vorangetrieben. Gleichzeitig begünstigen klimatische Veränderungen moderne Sklaverei, da Menschen beispielsweise durch anhaltende Dürren die Lebensgrundlage verlieren. Sie sind dann der Gefährdung durch Menschenhandel stärker ausgesetzt. Es besteht also eine wechselseitige Beziehung.¹

In unserem Heft befassen wir uns mit klimabedingter Migration. Wie hängt sie mit erzwungener Migration zusammen?

Hier besteht ein starker Zusammenhang. Wo zum Beispiel landwirtschaftliche Lebensweisen durch den Klimawandel so stark beeinträchtigt werden, dass Menschen dort nicht mehr leben können, bleibt nur die Option, die eigene Heimat zu verlassen. Zudem können plötzliche Naturkatastrophen dazu führen, dass jegliche staatliche Kontrolle zunächst ausgehebelt wird und Menschen auf eine undokumentierte Weise „verschwinden“. In Situationen, in denen Verzweiflung überhand nimmt, sind Menschen einer stärkeren Gefahr ausgesetzt, Opfer von Menschenhandel zu werden. Hierbei ist der Aspekt der Verwundbarkeit entscheidend: Häufig sind es marginalisierte Gruppen ohne Zugang zu politischem Einfluss, die eine hohe Vulnerabilität aufweisen und daher von den Auswirkungen des Klimawandels am stärksten betroffen sind.

Um Menschenrechts- und Umweltschutz voranzubringen, trat am 1. Januar 2023 das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) in Kraft. Welches Potenzial hat es für den Klimaschutz und damit indirekt auch für den Schutz vor erzwungener Migration beziehungsweise Menschenhandel?

International wird das LkSG intensiv diskutiert und als Game-Changer angesehen. Mit ihm wird die Verantwortung auf die beteiligten Unternehmen gespiegelt, sie müssen für ihr Handeln – auch im Ausland! – Rechenschaft ablegen und Schutzansprüche erfüllen. Klima-Risiken und Menschenrechtsverletzungen, wie etwa der Menschenhandel, müssen dabei zusammengedacht werden. Für viele Firmen ist das sehr unbequem, da es ihnen die Möglichkeit nimmt, sich hinter der Lieferkette beziehungsweise den Regeln in den jeweiligen Staaten zu „verstecken“.

Ziel soll es dabei nicht sein, dass sich Firmen aus betroffenen Gebieten zurückziehen; sie sollen vielmehr motiviert werden, Umwelt- und Menschenrechtsstandards einzuhalten. Auch in Bezug auf klimabedingte erzwungene Migration liegt im LkSG die Chance, dass

unwürdige Umstände aufgedeckt und abgemildert werden oder im besten Falle nicht entstehen. Es würden weniger Menschen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen oder/und in prekären Arbeitsverhältnissen auszuharren. Gleichzeitig wird es für Menschenhändler schwieriger, ihre perfiden Praktiken unbemerkt zu verfolgen. Das LkSG lässt zudem hoffen, dass Staaten aus wirtschaftlichem Interesse ihre Menschenrechtssituation verbessern, da dies ihre Teilnahme am Welthandel vereinfacht, indem Investitionen vor Ort attraktiver werden. So wäre das Gesetz für Gesellschaften und Firmen ein Anlass, zu überdenken, wie sie Lieferketten und somit Klima und Menschenrechte positiv beeinflussen könnten.

International einen stärkeren Umwelt- und Menschenrechtsschutz zu etablieren ist ein komplexes Vorhaben. Was ist zu beachten, um die Effekte des Klimawandels auf Menschenrechte und klimabedingte erzwungene Migration abzumildern?

Das LkSG ist Teil einer internationalen Agenda, die unter anderem in den 17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen² angelegt ist. Wichtig finde ich, dass sich ein gemeinsames internationales Lernen etabliert: Was funktioniert, und wo muss nachgebessert werden? Spezifische Gesetzgebungen entfalten je nach Marktmacht des Staates unterschiedliche Wirkungen. So existieren beispielsweise in den USA und Kanada starke Handelsschranken gegen Zwangsarbeit. Diese haben nachweislich positive Auswirkungen auf eine menschenwürdige Herstellung im jeweiligen Produktionsland. Wichtig sind aber auch Maßnahmen zu inländischen Lieferketten. Und auch auf lokaler Ebene sind konkrete Schritte möglich: Als Beispiel möchte ich ein Projekt nennen, das Handwerkerfirmen für moderne Sklaverei sowie häusliche Gewalt sensibilisiert. Handwerker:innen haben durch ihre Arbeit Zugang zu diversen Haushalten. Erkennen sie Anzeichen für menschenunwürdige Umstände und wissen sie, an wen sie sich mit möglichen Bedenken wenden können, dann sollten sie in der Lage sein, dies unkompliziert zu melden, damit Betroffenen geholfen werden kann.

Wenn ich als Konsument:in jegliche Entscheidung in meinem Alltag hinterfrage, mache ich mich womöglich handlungsunfähig. Ein erster Schritt könnte aber sein, aufmerksam(er) zu werden und zu hinterfragen, wer mir mein Essen vor die Haustüre bringt oder wo (und wie) das Jeans-Label meiner Wahl die Ware produzieren lässt. Ich denke, dass wir alle einen Beitrag gegen Menschenhandel und erzwungene Migration leisten können, allein durch einen klimabewussten Lebensstil. Ebenso braucht es natürlich staatliche Regularien und internationale Übereinkünfte, um gezielt dagegen vorzugehen und Lebensgrundlagen zu erhalten. Hier ist das LkSG ein bedeutender Schritt.

Anmerkungen

1. Mehr zum Nexus moderne Sklaverei – Umweltzerstörung – Klimawandel per Kurzlink: <https://bit.ly/3YPsbDF>

2. <https://17ziele.de/info/was-sind-die-17-ziele.html>

NACHGEDACHT



Raphael Bolay
*Referent Migration
 und Integration beim
 DCV, Freiburg*
*E-Mail: raphael.
 bolay@caritas.de*

Schutz für Klimavertriebene – Anregungen für eine neue Diskussionskultur

Bislang war die Unterteilung zumindest in der Theorie einfach: Flüchtlinge sind Menschen, die vor Verfolgung oder Krieg flie-

hen. Wer hingegen seine Heimat verlässt, weil dort keine Lebensperspektive besteht, hat als Migrant:in keinen Anspruch auf Aufnahme. Für diese Gruppe hat sich vor einiger Zeit unter Populist:innen das Unwort „Wirtschaftsflüchtling“ etabliert, der angeblich nur deshalb zu uns kommt, weil er ein Stück unseres Wohlstands abhaben möchte. In der Praxis ist die Unterscheidung hingegen deutlich schwieriger: Ein Mangel an Ressourcen führt oftmals zu Kriegen und Konflikten. Und viele derjenigen, denen man unterstellt, auf der Suche nach einem unbeschwertem Leben zu sein, waren in ihrer Heimat massiver Diskriminierung ausgesetzt. Aber grundsätzlich bleibt es in unserem Rechtssystem dabei: kein Schutz ohne politische Verfolgung oder Gefährdung etwa aufgrund eines Krieges.

Die dramatischen Auswirkungen des Klimawandels jedoch – von denen wir in Deutschland bislang nur einen Bruchteil wahrnehmen – werden unser gesamtes Leben verändern und machen somit auch die Anpassung von Schutzsystemen erforderlich. Der menschengemachte Klimawandel hat ein Zerstörungspotenzial, das Regionen dauerhaft unbewohnbar machen kann. Deshalb liegt es nahe, die von ihm Betroffenen zu schützen – auch indem sie in einen anderen

Staat übersiedeln. Hierfür ein praktikables und wirksames System zu entwickeln, ist eine gewaltige Herausforderung. Parallel zu verstärktem Klimaschutz müssen Überlegungen anlaufen, die sicherlich nicht in ein „Nachgedacht“ passen. Anstatt ein mögliches Schutzsystem zu beschreiben, soll hier daher skizziert werden, wie die im Vorfeld erforderliche Debatte (nicht) ablaufen sollte.

Migrationspolitische Diskurse der jüngeren Vergangenheit eignen sich als Anschauungsobjekte: Es wäre sinnvoller, die gemeinsame Herausforderung des Klimawandels für die gesamte Menschheit ins Zentrum zu stellen, anstatt auf Trennendes zu verweisen. Die reichen Industriestaaten sollten ihre Verantwortung für den katastrophalen Zustand unseres Planeten und die Folgen anerkennen. Statt Debatten emotional aufzuladen – etwa durch aus dem Zusammenhang gerissene möglichst hohe Zahlen („200 Millionen Klimaflüchtlinge!“) – braucht es Sachlichkeit und Aufklärung. Und eng damit zusammenhängend: Welchen konstruktiven Beitrag haben wissenschaftsfeindliche Klimaleugner:innen und populistische Menschenfeinde, die im Übrigen große personelle und inhaltliche Schnittmengen aufweisen, in der Vergangenheit geleistet? Mögen die bevorstehenden Diskussionen daher zu (durchaus kontroversen) Debatten der Vernunft und der Vernünftigen werden – es geht schließlich darum, echte Probleme gemeinsam zu lösen.

Raphael Bolay

IMPRESSUM

www.caritas.de

Redaktion: PD Dr. Andrea Schlenker (verantwortlich), Katharina Weiser, Klemens Bögner (neue caritas)
 Karlstraße 40, 79104 Freiburg

Redaktionssekretariat: Christine Rautenberg, E-Mail: migration.integrations@caritas.de

Vertrieb: Bettina Weber, Lambertus-Verlag GmbH; Tel. 07 61/3 68 25-0, Fax: 3 68 25-33, E-Mail: neue-caritas@lambertus.de

Titelfoto: Caritas international/Shuvo Haven Das

Nachdruck und elektronische Verwendung nur mit schriftlicher Genehmigung. Herausgegeben vom Referat Migration und Integration, Deutscher Caritasverband e. V. in Freiburg

